

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Florian von Brunn

Abg. Eric Beißwenger

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Manfred Eibl

Abg. Gerd Mannes

Abg. Christoph Skutella

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)

für ein Bayerisches Gesetz zur Förderung eines sozialen Klimaschutzes in Bayern und zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes

(Drs. 18/148)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Damit hat die SPD neun Minuten Redezeit. – Ich eröffne zugleich die Aussprache und erteile das Wort Herrn Kollegen Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Erdüberhitzung hat nicht nur Auswirkungen auf die Umwelt, sie bedroht uns Menschen in unserer Existenz und hat auch furchtbare soziale Auswirkungen. Schon jetzt sind weltweit circa 25 Millionen Menschen aufgrund der Klimaerhitzung auf der Flucht. Das sind dreimal so viele Menschen, als vor Krieg und Verfolgung fliehen. Laut Prognosen der Weltbank könnten es bis zum Jahr 2050 mehr als 140 Millionen Menschen sein, die aufgrund von Dürren, Missernten, Sturmfluten und steigenden Meeresspiegeln ihr Zuhause verlieren und zur Flucht gezwungen sind.

Auf der Weltklimakonferenz von Paris im Jahr 2015 haben sich die beteiligten Staaten geeinigt, alles zu tun, um diese Klimaerhitzung um möglichst 1,5 Grad Celsius in diesem Jahrhundert zu begrenzen. Diese 1,5 Grad beziehen sich übrigens nicht nur auf das Jahr 1990, sondern auch auf die Zeit vor der Industrialisierung. Das bedeutet, dass wir schon 1 Grad Erhitzung produziert haben. Wir haben nur noch einen ganz kleinen Spielraum von einem halben Grad. Die aktuellen Veränderungen, die wir gerade erleben, wie zunehmende Extremwetterlagen, steigende Meeresspiegel und schmelzendes arktisches Eis sind bereits Folgen dieses Temperaturanstiegs.

Der letzte Bericht des Weltklimarats IPCC macht den Unterschied zwischen einer Erwärmung um 1,5 Grad und um 2 Grad deutlich. Ich will an dieser Stelle nur einige Beispiele nennen. Die Begrenzung auf 1,5 Grad könnte bis zum Jahr 2050 die Zahl der unter Wassermangel leidenden Menschen halbieren. Es würde weniger Hitzewellen und weniger Hitzetote geben, ebenso weniger Starkregen und weniger Dürren. Der Meeresspiegel würde weniger stark ansteigen, und es könnte vielleicht noch verhindert werden, dass die Eisdecke der Antarktis in eine unaufhaltsame Schmelze gerät. Ohne große und schnelle Veränderungen und ohne mutigen und entschiedenen Klimaschutz steuern wir auf eine Erhöhung um 3 bis 4 Grad zu, mit furchtbaren Folgen für Hunderte von Millionen Menschen und für unsere Umwelt.

Deshalb hatte der damalige US-Präsident Barack Obama im Jahr 2015 recht, als er gesagt hat: Wir sind die erste Generation, die die Auswirkungen des Klimawandels spürt, und die letzte Generation, die etwas gegen ihn unternehmen kann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch wir in Bayern erleben schon die Folgen der Erderhitzung: Das Pfingsthochwasser im Jahr 2013, die Sturzflut in Simbach im Jahr 2016, die extreme Trockenheit in Franken vor zwei Jahren und im letzten Jahr der extreme Hitze- und Trockensommer. Ja, Barack Obama hat recht: Wir sind die Generation, die etwas unternehmen kann, und die endlich auch etwas tun muss, die endlich handeln muss.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wie sieht es bei uns aus? – Das reichste Bundesland, der Freistaat Bayern, versagt im Klimaschutz und verfehlt seine Klimaschutzziele deutlich. Laut offiziellen Daten des zuständigen Arbeitskreises der Bundesländer hat Bayern unter den Ministerpräsidenten Horst Seehofer und Markus Söder seit dem Jahr 2007 keine nennenswerten Verringerungen der Treibhausgasemissionen mehr geschafft. In den letzten Jahren ist der Ausstoß von Treibhausgasen in Bayern sogar wieder gestiegen. Das ist ein enormes Versagen gemessen an den eigenen großsprecherischen Worten dieser Staatsregie-

rung. Deswegen versucht diese Staatsregierung, diesen Umstand zu verschleiern. Die letzten Zahlen zum Ausstoß von Treibhausgasen in Bayern stammen aus dem Jahr 2015. Die neuen Zahlen lässt man offenbar lieber in der Schublade. Das zeigt, wie ernst es diese Koalition in Wahrheit mit dem Klima- und Umweltschutz nimmt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wie ernst sie dies nimmt, zeigt sich auch daran, dass der Umweltminister es offensichtlich nicht für notwendig hält, an dieser Debatte im Bayerischen Landtag über den Klimaschutz teilzunehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich rufe ihm zu: Herr Glauber, machen Sie jetzt endlich Ihre Geheimschubladen auf, beenden Sie dieses Täuschungsmanöver,

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Das Täuschungsmanöver kommt doch von Ihnen!)

und sorgen Sie für Transparenz bei der bayerischen Klimabilanz!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir brauchen endlich auch in Bayern echte Klimaschutzpolitik; wir brauchen echten Fortschritt im Klimaschutz, statt immer nur heißer Luft aus Staatskanzlei und Umweltministerium.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten legen deshalb heute ein soziales Klimaschutzgesetz vor. Wir sind davon überzeugt, dass Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammengehören und dass man nur gemeinsam und in Solidarität mit allen, auch mit den Schwächeren, diesen Weg in eine neue nachhaltige Gesellschaft beschreiten kann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Echte Klimaschutzpolitik fängt mit ehrlichen Zahlen an. Deswegen wollen wir endlich auch in Bayern eine Klimaverursacherbilanz für mehr Transparenz und Vergleichbarkeit. Wir sagen, Staatsregierung und staatliche Behörden müssen beim Klimaschutz eine Vorbildfunktion übernehmen. Nach unserem Gesetz müssen in Zukunft alle Treibhausgas-Emissionen für Reisen der Staatsregierung vollständig ausgeglichen werden. Unser großes Ziel – und das ist das wichtigste – lautet: Bayern muss bis 2050 in schnellen Schritten und sozialer Ausgewogenheit, überprüfbar und transparent klimaneutral werden, zusammen mit den Menschen und ohne – und das ist wichtig – dabei die soziale Gerechtigkeit aus dem Blick zu verlieren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen bis dahin 95 % der Treibhausgas-Emissionen gegenüber 1990 einsparen. Wir erreichen das durch mehr Energieeffizienz, durch Energiesparen und neuen Schwung für die Energiewende. Es muss endlich Schluss sein mit der CSU-Windkraftblockade und Ihrer unsinnigen 10-H-Regelung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Treibhausgas-Emissionen in Bayern steigen aber vor allem wegen immer mehr klimaschädlichem Verkehr. An diesem Rückschlag hat die CSU erheblichen Anteil, und zwar in Bayern mit Markus Söder und im Bund mit dem Bundes-Autolobbyminister Andreas Scheuer. Wir dagegen wollen eine Verkehrswende; denn Klimaschutz geht nicht ohne nachhaltige Mobilität.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Julika Sandt (FDP))

Wir wollen den umweltfreundlichen öffentlichen Verkehr in Stadt und Land ausbauen. Wir wollen klimafreundliche, emissionsfreie Antriebstechnik fördern.

Schließlich: Moore sind hoch effiziente CO₂-Speicher und damit unverzichtbar im Kampf gegen den Klimawandel. Wir wollen deshalb den Schutz und die Renaturierung von Mooren in Bayern erheblich verstärken und beschleunigen.

Es sind große Veränderungen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, die notwendig sind. Menschen kommen mit Veränderungen meist nur zurecht, wenn sie ein festes Fundament unter ihren Füßen haben, wenn sie sich im Wandel sicher fühlen. Deswegen lässt sich diese große ökologische Transformation nicht von sozialen Fragen trennen. Deswegen hat unser Klimaschutzgesetz zwei deutliche soziale Komponenten. Wir wollen ärmere Haushalte beim Kauf neuer energiesparender Haushaltsgeräte unterstützen. Dazu zählen Haushalte, die Arbeitslosengeld II beziehen, solche mit bis zu 60 % des mittleren Durchschnittseinkommens und außerdem Haushalte in Ballungsräumen, die mindestens 40 % ihres Einkommens für die Miete aufbringen müssen.

(Unruhe bei der FDP)

Sie erhalten einen Zuschuss von 150 Euro bzw., wenn Kinder im Haushalt sind, von 200 Euro beim Neukauf von besonders energieeffizienten Haushaltsgeräten wie Waschmaschine oder Kühlschrank. Haushalte, die Arbeitslosengeld II beziehen, sollen zudem eine komplette Vorfinanzierung erhalten, die sie in Kleinraten abbezahlen können.

Außerdem soll die Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs in Bayern in einem ersten Schritt für bestimmte Gruppen kostenfrei werden: für jüngere Menschen, für ältere und für die Empfänger von Sozialleistungen. Langfristig muss nach unserer Meinung der Nahverkehr komplett kostenfrei werden. Er muss umfassend ausgebaut werden, auch und gerade im ländlichen Raum, um den Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Verkehr zu erleichtern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn wir unser Klima und die Zukunft unserer Kinder retten wollen, dann erfordert das enorme Anstrengungen und große Veränderungen. Dazu reicht ein ergänzendes Wort in der Verfassung nicht aus. Das erfordert vielmehr mutiges und entschlossenes konkretes Handeln. Wir müssen alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Geldbeutel mitnehmen auf diesem einzig gangbaren Weg in die Zukunft. Deshalb muss Klimaschutz auch sozial sein.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Die Realität ist eine andere!)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit, und ich bedanke mich bei dieser Gelegenheit auch bei unserem Fraktionsvorsitzenden, der dieses soziale Klimaschutzgesetz maßgeblich mit auf den Weg gebracht und unterstützt hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vielen Dank, Herr von Brunn. – Es beginnt die Aussprache der Fraktionen. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 25 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich sage noch einmal die Redezeiten: Die CSU hat 6 Minuten, die GRÜNEN haben 4 Minuten, die FREIEN WÄHLER haben 4 Minuten, die AfD hat 4 Minuten, die FDP hat 3 Minuten, und die Staatsregierung hat 6 Minuten. Nun erteile ich Herrn Kollegen Beißwenger von der CSU das Wort.

Eric Beißwenger (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen! Das Klima ändert sich, das spüren wir auch in Bayern. Große Hitze und Trockenheit im zurückliegenden Jahr, Starkregen und Dauerschneefall im Alpenraum zu Jahresbeginn – es kommt leider häufiger zu extremen Wetterereignissen mit erheblichen Personen- und Sachschäden. Der Klimawandel kommt nicht irgendwann in ferner Zukunft, er hat längst begonnen.

Der Schutz des Klimas ist eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Er ist eine weltweite Aufgabe, zu der jeder beitragen kann und soll. Dafür brauchen wir aber Entscheidungen auf allen Ebenen: auf europäischer Ebene, auf Bundesebene und eine Vielzahl von einzelnen Entscheidungen auf Landesebene. Das Ausmaß der Herausforderungen, vor der wir stehen, macht es erforderlich, die Bedeutung des Klimaschutzes klar zu benennen und diesen weiter zu stärken. Wir wollen den Klimaschutz deshalb als Staatsziel in die Bayerische Verfassung aufnehmen und ihm damit Verfassungsrang geben.

(Horst Arnold (SPD): Seit wann?)

Damit wird der Klimaschutz ausdrücklich als vorrangige Aufgabe von Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechtes benannt. Der Gesetzentwurf wurde letzte Woche im Plenum in Erster Lesung ohne Aussprache behandelt. Ausgerechnet SPD und GRÜNE wollen diese Verfassungsänderung aber auf die lange Bank schieben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Das lässt tief blicken! – Horst Arnold (SPD): Das ist Beschäftigungstherapie!)

Das war für uns alle etwas überraschend. Unser Ziel ist es, die Treibhausgas-Emissionen in Bayern bis 2030 auf unter fünf Tonnen und bis 2050 auf unter zwei Tonnen je Einwohner und Jahr zu reduzieren. Das wollen wir in einem Bayerischen Klimaschutzgesetz verankern.

Der vorliegende Gesetzentwurf der SPD erhebt die Forderung, das Landesplanungsgesetz zu ändern, um im Rahmen der Raumordnung klimarelevante Maßnahmen in den Regionalplänen festlegen zu können. Er sieht umfassende Regelungen zu Klimaschutzziele, Energieversorgung, Mobilität, Gebäuden, Boden- und Moorschutz vor. In

Artikel 6 des Grundsatzkataloges haben wir allerdings bereits ein klares Bekenntnis zu den räumlichen Erfordernissen: zum Ausbau erneuerbarer Energien, zum Erhalt der Wälder und zum Schutz des Grundwassers und der Auen. Eine Änderung ist deshalb unnötig.

Es wird eine Bayerische Klima-Umtauschprämie für Haushaltsgroßgeräte, unter anderem für Haushalte mit niedrigem Einkommen gefordert, Neugeräte sind aber bereits überwiegend stromsparend.

(Florian von Brunn (SPD): Die sind aber zu teuer!)

2015 waren knapp 90 % der Geräte mit Energielabel "A+++" ausgestattet. Ein zu früher Austausch von Haushaltsgeräten ist hinsichtlich der Gesamtenergiebilanz mehr als kontraproduktiv.

(Florian von Brunn (SPD): Nach zehn Jahren frühestens! Lesen Sie das Gesetz noch einmal!)

Der Klimaeffekt einer Umtauschprämie für Haushaltsgeräte ist gering, und es würde einen erheblichen bürokratischen Aufwand nach sich ziehen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wie immer halt!)

– Wie immer!

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Das ist doch eine arrogante Schnösellei!)

Zum Thema Mobilität: Es wird der kostenlose ÖPNV und ein emissionsfreier Verkehr gefordert. Aus heutiger Sicht ist ein vollständig klimaneutraler und emissionsfreier Verkehr unrealistisch. Das gilt gerade in der Kombination mit völliger Kostenfreiheit.

(Florian von Brunn (SPD): Für die CSU, ja!)

Den öffentlichen Nahverkehr attraktiver zu gestalten, das halte ich allerdings für immens wichtig, und zwar sowohl was die Kosten betrifft als auch die Verbindungen.

(Margit Wild (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Immerhin!)

Bayern steht zu seiner Klimaverantwortung. In den letzten zehn Jahren haben wir rund 1,2 Milliarden Euro in den Klimaschutz investiert. 2014 haben wir das Bayerische Klimaschutzprogramm 2050 auf den Weg gebracht. Ein weiteres Instrument ist das Energieprogramm zur Energieeinsparung und Energieeffizienz. Die energetische Sanierung von staatlichen Gebäuden wird weiter vorangetrieben. Fast 30 Millionen Euro stehen für Projekte der Energietechnologie zur Verfügung sowie knapp 40 Millionen Euro für Energieprogramme wie das 10.000-Häuser-Programm. Projekte zur Bioenergie und zu nachwachsenden Rohstoffen werden mit 11 Millionen Euro gefördert, Maßnahmen zum kommunalen Klimaschutz mit 9 Millionen Euro. Wir haben in Bayern eine große landschaftliche Vielfalt. Der Klimawandel wird deshalb regional sehr unterschiedlich bemerkbar sein. Es gilt, das Risiko und die Schäden so gering wie möglich zu halten und entsprechende Vorkehrungen zu treffen.

Wir fördern Moore im Rahmen der bayerischen Klimaanpassungsstrategie. Moore sind natürliche CO₂-Speicher und tragen durch eine dauerhafte Fixierung ihres CO₂-Vorrates wesentlich zum Klimaschutz bei. Wir werden für den Schutz und die Renaturierung der Moore jährlich zwischen 2,5 und 3 Millionen Euro investieren. Vonseiten der EU werden bis 2020 darüber hinaus rund 12 Millionen Euro an Mitteln für den Klimaschutz in Mooren bereitgestellt.

Moore sind übrigens nicht nur ein Klimaschutzfaktor, sondern auch für den Artenschutz unermesslich wichtig. Lieber Marcel Huber, ich erinnere mich gern an unseren Termin im Strausbergmoos. Dort bekommt man eiszeitliche Arten zu sehen. Moore sind also nicht nur für den Klima-, sondern auch für den Artenschutz von höchster Bedeutung.

Zum Wasser: Wir werden für den Hochwasserschutz, für den Schutz der Bevölkerung und den Schutz der Infrastruktur vor Hochwasserereignissen bis zum Jahr 2020 3,4 Milliarden Euro und von 2020 bis 2030 weitere 2 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. In Unterfranken wurde ein Pilotprojekt zum Thema Niedrigwasser gestartet. Das Programm "KLIWA" untersucht die Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserwirtschaft und mögliche Anpassungsmaßnahmen.

Der Klimawandel ist für mich eine wesentliche Herausforderung der Umweltpolitik. Wir müssen die Bürger allerdings auf diesem Weg mitnehmen. Meine Ausführungen machen deutlich, warum wir den Vorstoß der SPD ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Regierungskoalition, sind Sie beim Thema Klimaschutz aufgewacht?

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich habe meine großen Zweifel. Zumindest hat unser Ministerpräsident Söder sein Vokabular erweitert. Als er letztes Jahr im Frühjahr hier seine Regierungserklärung abgegeben hat, hat er das Wort Klimaschutz kein einziges Mal erwähnt. Jetzt hat er ein neues Wort gefunden und will es auch gleich in die Verfassung hineinschreiben, weil er so stolz darauf ist.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Liebe CSU, ein Wort wird nicht reichen, um das Klima zu retten. Wir brauchen Taten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Es wird auch nicht bei einem Wort bleiben!)

Sie handeln auch nicht ohne den Druck des Hitzesommers im letzten Jahr, der Trockenheit, der Schneemassen jetzt im Winter sowie der aktuellen Katastrophen in den USA und in Australien.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Das kann doch keiner mehr hören! Schauen Sie mal in die Geschichte!)

Jetzt ist dem Allerletzten klar, was das bedeutet, ich hoffe, auch der Staatsregierung. Denn es wird höchste Zeit.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Billige Polemik!)

Wir werden dem Gesetzentwurf der SPD zum Klimaschutz zustimmen. Es ist sehr gut. Es ist sehr detailliert. Wir werden unseren Gesetzentwurf, über den wir das letzte Jahr viel diskutiert haben, in Kürze einreichen.

Ich würde aber noch eine Änderung an Ihrem Gesetzentwurf vorschlagen. Sie haben in Artikel 5 extra die Verursacherbilanz erwähnt. Es wäre aber auch wichtig, bei der Definition der Treibhausgase in Artikel 3 nicht "im Freistaat Bayern entstehen" zu schreiben, sondern "verursacht werden". Das ist eben der Kern der Verursacherbilanz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Klimaneutralität bis 2050 ist das Ziel: Die Zeit bis dahin ist aber enorm wichtig. Wir brauchen jetzt einen schnellen Ausstiegspfad. Die Wissenschaft spricht von "Budgets". Wenn man das 1,5-Grad-Ziel herunterbricht, haben wir in Bayern noch ein Budget von 1.000 Millionen Tonnen, beim 2-Grad-Ziel ist es ein bisschen mehr, da sind es noch 1.300 Millionen Tonnen. Wir müssen diese Grenze von 1.000 Millionen Tonnen einhalten.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Setzen Sie doch Ihre Zahlen mal in Vergleich zur Gesamtemission in der Welt! Das schaffen Sie nicht!)

Das Klimaschutzgesetz der CSU-Staatsregierung – –

(Weitere Zurufe des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD) – Gegenruf – Florian von Brunn (SPD): Was will der Mann uns sagen?)

Herr Präsident, es wird wirklich schwierig, wenn die ganze Zeit hineingeblökt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zwischenrufe sind durchaus erwünscht, Herr Kollege, aber dauerndes Hineinreden können wir nicht akzeptieren.

(Alexander König (CSU): Das sagte ein Kollege, der hinter mir sitzt!)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Vielen Dank. – Das Klimaschutzgesetz, das die CSU-Staatsregierung umrissen hat, soll, wie Herr Söder in seiner Regierungserklärung im Winter ausgeführt hat, als Ziele die Verringerung des CO₂-Ausstoßes um 5 Tonnen pro Kopf bis 2030 und um 2 Tonnen pro Kopf bis 2050 enthalten.

Wenn man das ins Jahr 2050 akkumuliert, haben wir 2.000 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen. Das heißt, wir werden die Ziele von Paris niemals erreichen. Das ist eine Überschreitung um das Doppelte. Da ist aber die Trickserie, oder das Täuschungsmanöver, wie Herr von Brunn richtig gesagt hat, mit der Quellenbilanzierung noch nicht einmal eingerechnet. Sie werden mit diesen Zielen die Klimaziele von Paris niemals erreichen. Wir brauchen deswegen endlich gute Ziele, ehrliche Ziele und keine Trickserien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beißwenger, da geht es nicht um Waschmaschinen. Da geht es wirklich um etwas ganz anderes. Die CSU-Staatsregierung hat es seit 1990 gerade einmal geschafft, 10 % der CO₂-Emissionen in Bayern zu reduzieren – 10 %!

(Tobias Reiß (CSU): Weil wir schon auf niedrigem Niveau waren)

Wir müssten die nächsten Jahre jeweils um fünf Millionen Tonnen reduzieren. Wir haben es in 25 Jahren nur geschafft, um 10 % zu reduzieren. Das ist wirklich ein Scheitern der CSU-Staatsregierung auf allen Ebenen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es bewegt sich etwas beim Klimaschutz. Ich danke auch allen Aktiven in der Klimaschutzbewegung.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Was hat denn Habeck geschafft?)

Ich danke all denjenigen, die dort im Hambacher Forst für den Ausstieg aus der Kohle demonstriert haben. Ich danke den Tausenden von Schülern, die nach dem Vorbild von Greta Thunberg gesagt haben: Was sollen wir täglich in die Schule gehen, wenn ihr unsere Zukunft mit Füßen tretet?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das ist die richtige Antwort. Aber der Tanker CSU mit seinem orangefarbenen Beiboot muss sich jetzt endlich mal bewegen. Wir fordern Taten statt Worte. Ein einziges Wort reicht nicht aus. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Das Haus brennt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Manfred Eibl von den FREIEN WÄHLERN

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Verehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorgeschlagenen Gesetzentwurf sollen verbindliche Klimaziele bis 2050 gesetzlich festgelegt werden. Schön und gut! Bayern verfügt seit Langem über ein flexibles Instrumentarium, um auf die nachweislich aktuellen Herausforderungen des Klimawandels zu reagieren.

(Florian von Brunn (SPD): Flexibel ist das richtige Wort! Sie sind vor allem bei Ihren Zielen sehr flexibel!)

Herr von Brunn, wenn Sie es nicht wissen: Die Strategie Klimaschutzprogramm Bayern 2050 – –

(Florian von Brunn (SPD): Das weiß ich! Ich war schon in der letzten Legislaturperiode dabei!)

Wenn Sie es nicht wissen: Die bayerische Klimaanpassungsstrategie und das bayerische Energieprogramm, genau diese Instrumente fassen inhaltlich die Ziele der bayerischen Klimaschutzpolitik und die Maßnahmen zur Umsetzung von Klimaschutz und Energieumbau zusammen.

(Florian von Brunn (SPD): Auf dem Papier, ja!)

Dies gilt auch für die bayerischen klimaschutz- und energiepolitischen Ziele. Bis 2020 sollen die energiebedingten CO₂-Emissionen pro Kopf und Jahr deutlich unter sechs Tonnen sinken. Bis 2030 sollen sie auf unter fünf Tonnen pro Kopf und Jahr sinken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Vergleich in der bundesweiten Betrachtung zeigt, dass die eingeleiteten Maßnahmen greifen. Das bezieht sich auf den energiebedingten CO₂-Ausstoß, der in Bayern um ein Drittel niedriger ist als im Bund.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Horst Arnold (SPD): Das sagen Sie mal den Menschen in den Hochwasserregionen!)

Damit zählt Bayern mit zu den im Klimaschutz fortschrittlichsten Industrieländern. Ich bin dankbar dafür, dass wir uns als Industrieland "outen" dürfen. Auch die vorgesehenen Zwangsvorgaben für Kommunen zum Einsatz spezifischer Technologien und zur Entwicklung von Wärme- und Kabelnetzen werden abgelehnt. Es handelt sich hierbei nämlich um eine planwirtschaftliche Vorgabe,

(Zuruf: Genau!)

die sich mit der Grundposition der Staatsregierung nach marktwirtschaftlichen, energieoffenen und energieneutralen Ansätzen in keiner Weise verträgt und verbinden lässt.

(Florian von Brunn (SPD): Sie wollen gar keinen Klimaschutz betreiben!)

Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Maßnahmen für Kommunen bringen in der Umsetzung Belastungen für Bürger und Unternehmen und führen letztlich zu einem deutlichen Standortnachteil für den Wirtschaftsstandort Bayern.

(Zuruf: So ist es!)

Die Regierungsbezirke, Landkreise und Gemeinden erfüllen die Vorbildfunktion sowie die Aufgaben des Klimaschutzes als Pflichtaufgaben im eigenen Wirkungskreis und werden von der Staatsregierung unterstützt.

(Horst Arnold (SPD): Jawohl, bei den Poldern!)

Regierungsbezirke, Landkreise und Gemeinden erstellen heute schon Klimaschutzstrategien oder schreiben bestehende Strategien fort. Förderprogramme des Freistaats für den kommunalen Hochbau tragen anerkannte Grundsätze des nachhaltigen Bauens.

(Horst Arnold (SPD): Seit wann?)

Energie, Gewerbe, Industrie- und Landwirtschaftsunternehmen sowie öffentliche Stellen sind verpflichtet, den Gemeinden und Landkreisen heute schon zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen erforderliche und verfügbare Daten zu übermitteln.

Des Weiteren ist es mehr als zweifelhaft, meine sehr verehrten Damen und Herren, ob die Gesetzgebungskonzeption des Freistaats unter Berücksichtigung des vorliegenden Bayerischen Sozialen Klimaschutzgesetzes im Rahmen fachlicher Abwägungsvorschriften umgesetzt werden kann, wenn bundesrechtliche Regelungen eine Öffnung für weitgehendes Landesrecht nicht vorsehen.

Schauen wir uns die Landesplanung an: Der vorliegende Gesetzentwurf der SPD bezüglich der Landesplanung entspricht inhaltlich dem Gesetzentwurf der letzten Legislatur. Speziell das Thema Klimaschutz in seinen vielen Facetten ist im Bereich der Landesplanung nämlich heute schon fest verankert. Das Bayerische Landesplanungsgesetz schafft die Grundlage für weitere Konkretisierung, vor allem für Umsetzungen der Belange des Klimaschutzes und Klimawandels im Landesentwicklungsprogramm Bayern und in den dort bestehenden Regionalplänen.

(Horst Arnold (SPD): Sie waren letztes Jahr nicht da?)

– Letztes Jahr war ich leider noch nicht da.

(Horst Arnold (SPD): Sehen Sie, dann würden Sie anders reden!)

Anträge für die Regionalpläne und daraus folgende Aufträge sind heute schon festgelegt, wie Vorranggebiete für die Errichtung von Windkraftanlagen. Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen und Nutzungsstandorte, die gesichert werden sollen, schaffen hierbei aktuelle und wichtige Grundlagen. Bei Bedarf, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden das LEP und die Regionalpläne auch entsprechend fortgeschrieben.

Wenn in einem Fachgesetz der Klimaschutz mit der Landes- und Regionalplanung verknüpft wird, wobei Vorgaben für die Aufstellung von Regionalplänen gemacht werden, die unmittelbar aus dem Klimaschutzgesetz abgeleitet werden sollen, fügt sich dies nicht in die Systematik der Landesplanung ein. Ebenso erübrigt sich eine gesetzliche Verpflichtung zur Berücksichtigung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes im LEP bzw. in Regionalplänen, da es heute schon ständige Praxis ist.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege Eibl, Sie haben Ihre Redezeit schon überschritten. Aber Sie haben noch mal die Gelegenheit zu reden, weil der Kollege von Brunn sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet hat.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Das macht nichts, sage ich mal so, ich bin gleich fertig.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nein, Sie müssen jetzt gleich fertig sein. Sie müssen jetzt aufhören. Danke schön.

(Der Präsident schaltet das Rednermikrofon ab – Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Damit mein Schlusssatz: Klimaschutz ist wichtig, meine sehr verehrten Damen und Herren. – Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Herr Eibl, bleiben Sie bitte am Pult. Der Herr Kollege von Brunn hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Er hat damit zwei Minuten Redezeit. Sie haben dann noch mal zwei Minuten, um darauf zu antworten.

(Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Gerne!)

Herr von Brunn, Sie haben das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Verehrter Kollege, ich habe vorher geschildert, in welcher Situation wir sind, wie dringlich Klimaschutz ist. Sie haben jetzt eigentlich nur alles zerredet und bestritten, was wir in unserem Gesetz schreiben, ohne dass Sie einen einzigen Vorschlag gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen möchte ich Ihnen zwei Fragen stellen. Die erste Frage ist: Was sind denn die Vorschläge der FREIEN WÄHLER, damit wir die überlebensnotwendigen Klimaschutzziele auch in Bayern erreichen?

Die zweite Frage ist: Wann setzen sich die FREIEN WÄHLER in der Staatsregierung dafür ein, dass die 10-H-Regelung, die Sie auch immer aufheben wollten, endlich auf-

gehoben wird, insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir nach der Abschaltung des letzten bayerischen Atomkraftwerks eine Versorgungslücke bekommen?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Sie haben genau die zentralen und wichtigen Themen angesprochen. Die FREIEN WÄHLER setzen sich mit einer wirklich großen Dynamik dafür ein, die Klimaschutzziele zu erreichen, aber ich sage Ihnen eines: im Einklang mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD):
Was heißt das?)

Herr von Brunn, ich sage Ihnen nur eines: Sägen wir nicht an dem Ast, auf dem wir sitzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Jürgen Mistol (GRÜNE):
Beispiele!)

Wir setzen alles daran, den Klimaschutz in eine positive Richtung zu entwickeln, und zwar in Einklang mit allen Beteiligten, die dafür Sorge tragen können, damit wir sie mitnehmen und im Endeffekt Entwicklungen einläuten, die in diese Richtung gehen.

Was die 10-H-Regelung angeht, sage ich Ihnen: Ich war 17 Jahre Bürgermeister und kenne die Problematik, die vor allem in ländlichen Regionen entsteht, wenn Windkraftanlagen errichtet werden.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Genau!)

Sprechen Sie bitte mit den Bürgermeistern vor Ort, die froh sind, dass die 10-H-Regelung so besteht, wie wir sie heute vorfinden!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Mannes von der AfD.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Zeig's ihnen, Gerd!)

Gerd Mannes (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der Gesetzentwurf zur Förderung eines sozialen Klimaschutzes in Bayern irritiert bereits im Titel. Das Klima hat sich erdgeschichtlich ohne Zutun des Menschen immer verändert. Wen oder was wollen Sie da schützen?

(Beifall bei der AfD)

Der Gesetzentwurf und dessen Problemdarstellung sind gekennzeichnet von Alarmismus und dem Versuch, Angst unter der Bevölkerung zu schüren. Die gesamte Diskussion um einen drastischen Anstieg der Temperaturen wird von Ihnen weniger wissenschaftlich als ideologisch geführt.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Genau! – Zuruf von der AfD: So ist es!)

Grundsätzlich ist es angebracht und zielführend, sich mit regenerativen Energien zu beschäftigen und sie einzusetzen, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist, da fossile Energieressourcen endlich sind. Auch die Einsparung von Primärenergie ist zu begrüßen, zum Beispiel durch Einbau moderner Fenster in öffentlichen Gebäuden wie Schulen und Kindergärten.

Wenn aber das Wort Klimaschutz fällt, setzt jegliche rationale politische Diskussion aus. Das hat mit dem Einzug der AfD in das Parlament ein Ende.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Genau!)

Lassen Sie mich einige Fakten erwähnen, die die Grundlage der Meinungsbildung sein sollten. Deutschland leistet im weltweiten Maßstab einen Beitrag zu den menschengemachten CO₂-Emissionen von circa 2 %, Bayern dementsprechend weniger. Selbst unter der Annahme, dass das CO₂ einen wesentlichen Einfluss auf das Klima

hätte, können alle Einsparziele in Bayern den CO₂-Ausstoß weltweit kaum messbar verändern. Dem Ausbau der aktuell einzigen grundlastfähigen erneuerbaren Energien Wasserkraft und Biogas sind von Natur aus Grenzen gesetzt. Wind- und Solaranlagen liefern Strom, aber nur unzuverlässig und nicht notwendigerweise dann, wenn er gebraucht wird. Der Verzicht auf jegliche fossile Brennstoffe fordert jedoch auch die Abschaltung moderner Gaskraftwerke, die jenseits von Kohle- und Atomenergie die Stromversorgung sichern sollten.

Sollte Bayern nun gesetzlich die Festlegung verbindlicher Ziele zur Minderung sogenannter Treibhauseffekte und deren Umsetzungsmaßnahmen verabschieden, bedeutet das zunächst einmal eine Durchdringung aller staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche mit Klimaschutzideologie und damit verbunden Überbürokratisierung und Bevormundung der Bürger in allen Lebensbereichen. Wie weit sich die Politik in Bayern von der Realität entfernt hat, erkennt man daran, dass aus den vorgegebenen CO₂-Einsparzielen bisher keine technisch umsetzbaren Maßnahmen abgeleitet wurden. Dem Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung liegt kein Plan zugrunde. Für einen modernen Industriestaat ist die permanente Vortäuschung der Machbarkeit der Energiewende ein absolutes Armutszeugnis.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: So ist es!)

Es ist völlig unklar, wie und mit welchem Energiemix Bayern in Zukunft die Energieversorgung von Industrie und Haushalten zu vernünftigen Preisen sicherstellen will. Eine Energiespeicherung in großem Umfang ist nicht möglich, noch gibt es einen Plan dafür, die Speicherung möglich zu machen. Auch mit dem Energietransport von Nord nach Süd ist die Staatsregierung nicht weitergekommen. Dies gefährdet den unbegrenzten und dauerhaften Zugang von Haushalten zur Stromversorgung. Die Gefahr ist groß, dass Verbraucher nur noch zu bestimmten Zeiten Strom zur Verfügung haben, wie dies in Entwicklungsländern der Fall ist. Schwerwiegend ist jedoch, dass der gesamte Industriestandort Bayern dadurch gefährdet wird. Einerseits wandern

energieintensive Industrien aus Kostengründen ab, andererseits ist die verlässliche Grundversorgung von Industriebetrieben gefährdet.

Mit Ihrem Gesetzesvorschlag lösen Sie kein aktuelles Problem im Bereich Umwelt. Die Fraktion der AfD lehnt den Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nach dem Kollegen Mannes kommt nun der Herr Abgeordnete Christoph Skutella von der FDP. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Christoph Skutella (FDP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Bekämpfung des Klimawandels ist ohne Zweifel eines der zentralen Themen und Aufgabe des 21. Jahrhunderts. Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen müssen aber effektiv sein. Diese Klimaschutzmaßnahmen müssen harmonisiert sowie auf EU-Ebene abgestimmt werden.

Klimaziele auf Landesebene sind aus klimaschutzpolitischen Gesichtspunkten nicht nur nicht erforderlich, sondern völlig verfehlt. Diese Rechtszersplitterung schadet unseren Unternehmerinnen und Unternehmern und verteuert die Energiewende für den Bürger zusätzlich.

(Beifall bei der FDP)

Außer in Bezug auf immense anzunehmende Kosten und einen völlig unnötigen Bürokratieaufbau ist dieser Gesetzentwurf ein zahnloser Tiger ohne Konsequenzen bei einer möglichen Zielverfehlung. Wir halten ein bayerisches Gesetz deshalb für den falschen Weg.

Blicken wir doch in die anderen Bundesländer.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Diesen Alleingang haben Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg bereits versucht; allerdings wurde das Gesetz in NRW wieder rückabgewickelt. In Baden-Württemberg ist jetzt schon absehbar, dass das Land seine Klimaschutzziele für das Jahr 2020 trotz eines grünen Ministerpräsidenten krachend verfehlen wird.

(Beifall bei der FDP)

Von starken Willensbekundungen einmal abgesehen stehen im vorliegenden Klimaschutzgesetzentwurf keine wesentlich wirksamen Methoden. Er ermächtigt die Landesregierung allerdings – und darüber war ich überrascht –, ohne jegliche Mitwirkung des Parlaments oder der Ausschüsse ein sogenanntes integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept zu beschließen. Ihr Vertrauen in die Staatsregierung möchte ich haben.

(Beifall bei der FDP)

Soziale Aspekte – und das ist verständlich – bringen Sie in dem Entwurf ebenfalls. Ich hätte mir in diesem wichtigen Themenbereich allerdings schon etwas Innovativeres gewünscht und nicht das Hervorholen einer Abwrackprämie für Haushaltsgeräte und die Kostenfreiheit des ÖPNV. Die Neuanschaffung energieeffizienter Geräte auf Kosten noch funktionierender Altgeräte

(Zurufe der Abgeordneten Horst Arnold (SPD) und Florian von Brunn (SPD))

halte ich für ökologisch äußerst bedenklich.

(Beifall bei der FDP – Zurufe der Abgeordneten Horst Arnold (SPD) und Florian von Brunn (SPD))

Von der Finanzierung möchte ich dabei überhaupt nicht sprechen. Diesbezüglich werden wir in den Haushaltsberatungen dieses Jahr wohl einige Überraschungen erleben.

Die Kostenfreiheit beim ÖPNV löst auch die fehlenden städtischen und ländlichen Strukturen nicht. Das ist ein Punkt, bei dem wir jedoch zumindest eine Gemeinsamkeit

sehen; denn das primäre Ziel muss es sein, den Nahverkehr flächendeckend auszubauen und klimapolitisch sinnvolle Projekte wie die Elektrifizierung der Bahnstrecken voranzutreiben.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Bei der Festlegung der Klimaschutzziele sind die regionalen Besonderheiten unseres Freistaates offensichtlich völlig außer Acht geblieben, und Strategien und Maßnahmen sollen später festgelegt werden. Wir sollen hier also prominent Klimaschutzziele beschließen, bevor überhaupt feststeht, wie wir diese erreichen können.

Kolleginnen und Kollegen, wir retten das Klima nicht, indem wir immer wieder Gesetze und Richtlinien beschließen und diese Ziele dann nicht eingehalten werden können. Wir Freien Demokraten setzen uns für eine nachhaltige und vernünftige Klima- und Umweltschutzpolitik ohne Aktionismus und Hysterie ein.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe, das ist so. Dann ist das so beschlossen.